



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 44/19

N. 44/19

Änderung des Landesgesetzes vom 30. November 2004, Nr. 9, „Recht auf Hochschulbildung“

eingebraucht am 19.12.2019 von den Abg.en Riccardo Dello Sbarba, Brigitte Foppa und Hanspeter Staffler

Modifica della legge provinciale 30 novembre 2004, n. 9 “Diritto allo studio universitario”

presentato il 19/12/2019 dai conss. Riccardo Dello Sbarba, Brigitte Foppa e Hanspeter Staffler

dem I. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

assegnato alla I commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

INDICE

1) L.G. vom 30. November 2004, Nr. 9 S. 1

1) L.P. 30 novembre 2004, n. 9 pag. 11

e) Landesgesetz vom 30. November 2004, Nr. 9 ¹⁾

Recht auf Hochschulbildung

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 14. Dezember 2004, Nr. 50.

I. Kapitel

Allgemeine Grundsätze

Art. 1 (Gegenstand)

(1) Das Land Südtirol fördert das Recht auf Hochschulbildung durch:

- a) ordentliche Studienbeihilfen,
- b) außerordentliche Studienbeihilfen,
- c) Rückerstattung von Studiengebühren,
- d) Studienbeihilfen für Diplom- und Fachlaureatsarbeiten, Dissertationen und diesen gleichgestellte Abschlussarbeiten, sowie für Forschungs- und Habilitationsarbeiten,
- e) Reisespesenvergütungen,
- f) Wohnmöglichkeiten,
- g) Mensen,
- h) besondere Maßnahmen zu Gunsten Studierender mit Behinderungen, ²⁾
- i) Darlehen,
- j) Beiträge an Studentenorganisationen,
- k) Studienbeihilfen für den Austausch von Studierenden,
- l) Informationsdienst,
- m) Studienbeihilfen für postuniversitäre Ausbildungen und Praktika,
- n) weitere Maßnahmen zur Verwirklichung des Rechts auf Hochschulbildung.

(2) Die Maßnahmen richten sich an Studierende, die für Studiengänge an universitären Einrichtungen und Fachhochschulen mit Sitz in Italien oder in Ländern des deutschen Kulturraums, in der Folge als "Universitäten" bezeichnet, eingeschrieben sind.

(3) Die Einschränkung laut Absatz 2 findet auf die Leistungen laut Absatz 1 Buchstaben a), b), c), d), i), k) und m) keine Anwendung. ³⁾

²⁾Der Buchstabe h) des Art. 1 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 1 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).

³⁾Art. 1 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 2 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).

Art. 2 (Anspruchsberechtigte)

(1) Folgende Personen können die in diesem Gesetz vorgesehenen Leistungen beanspruchen:

- a) EU-Bürgerinnen und Bürger, die eine Universität in Südtirol besuchen,
- b) Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die eine Universität in Südtirol besuchen, sofern sie seit mindestens einem Jahr ihren Wohnsitz in Südtirol haben,
- c) Bürgerinnen und Bürger jener Staaten der Europäischen Union, in denen italienische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zur Studienförderung zugelassen sind, sowie italienische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, sofern sie eine Universität außerhalb Südtirols besuchen und seit mindestens zwei Jahren ihren Wohnsitz in Südtirol haben.
- d) Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die eine langfristige EU-Aufenthaltsberechtigung für Italien besitzen, und Bürgerinnen und Bürger, denen laut Richtlinie 2004/83/EG der Flüchtlingsstatus

zuerkannt wurde bzw. die Nutznießende eines Subsidiärschutzes sind und dadurch italienischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern gleichgestellt sind. [4\)](#)

- e) Ausländische Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die eine Universität außerhalb des Südtiroler Landesgebietes besuchen, sofern sie [seit mindestens fünf Jahren] [5\)](#) ihren Wohnsitz in Südtirol haben. [4\)](#)

(2) Für die Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), d), h), i), k) und m) können die Wettbewerbsausschreibungen oder Vergaberichtlinien restriktivere Zulassungsbedingungen vorsehen.

(3) Ausgeschlossen von den Leistungen dieses Gesetzes sind Studierende, die

- a) das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben und in einen dreijährigen Laureats- oder diesem gleichgestellten Studiengang eingeschrieben sind,
b) das vierzigste Lebensjahr vollendet haben und in einen Diplom-, Magister- oder Fachlaureatsstudiengang eingeschrieben sind,
c) in ein zweites Diplom-, Magister-, Laureats- oder Fachlaureatsstudium eingeschrieben sind,
d) die gesetzliche Studiendauer um mehr als ein Jahr überschritten haben.

(4) Für Studierende, die ihr Studium aus schwerwiegenden persönlichen oder familiären Gründen nicht innerhalb des im Absatz 3 Buchstabe d) vorgesehenen Zeitraums abschließen können, kann in den Wettbewerbsausschreibungen oder Vergaberichtlinien eine Abweichung von diesem zeitlichen Limit vorgesehen werden.

4)Die Buchstaben d) und e) wurden hinzugefügt durch Art. 16 Absatz 4 des [L.G. vom 28. Oktober 2011, Nr. 12](#).

5)Die Wörter „seit mindestens fünf Jahren“ in Buchstabe e) wurden mit Urteil Nr. 2 vom 14. Januar 2013 für verfassungswidrig erklärt.

Art. 3 (Feststellung der wirtschaftlichen Lage)

(1)Die Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), d), e), h), i), k) und m) werden fähigen und verdienstvollen Studierenden auf der Grundlage der Erfassung der wirtschaftlichen Lage der Familiengemeinschaft gemäß den Bestimmungen dieses Artikels gewährt.

(2) Der Faktor der wirtschaftlichen Lage (FWL) wird auf Grundlage des [Dekreets des Landeshauptmannes von 11. Jänner 2011, Nr. 2](#), in geltender Fassung, „Durchführungsverordnung betreffend die einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen“ berechnet.

(3) Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Leistungen laut Absatz 1 werden mit Durchführungsverordnung geregelt, mit welcher der höchste Faktor der wirtschaftlichen Lage (FWL) für die Zulassung zur Leistung definiert wird. [6\)](#)

6)Art. 3 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 3 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

Art. 4 [7\)](#)

7)Art. 4 wurde aufgehoben durch Art. 20 Absatz 1 Buchstabe c) des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

Art. 5 (Landesbeirat für das Recht auf Hochschulbildung)

(1) Bei der Landesabteilung Bildungsförderung wird der Landesbeirat für das Recht auf Hochschulbildung, in der Folge „Beirat“ genannt, errichtet. Der Beirat berät in Fragen der Ausrichtung der Bildungsförderung sowie der Koordinierung und Verbesserung der Bildungsförderungsmaßnahmen, einschließlich ihrer finanziellen Ausstattung und der verschiedenen Wettbewerbsausschreibungen im Bereich der Hochschulförderung. Er kann

Vorschläge für den Ausbau und die Verbesserung der Maßnahmen erstellen sowie mit der Ausarbeitung von Vorschlägen und Gutachten beauftragt werden. [8\)](#)

(2) Dem Beirat gehören an:

- a) für den Vorsitz: die sachzuständige Landesrätin oder der sachzuständige Landesrat oder eine stellvertretende Person,
- b) zwei Personen in Vertretung der Freien Universität Bozen, die nicht derselben Sprachgruppe angehören,
- c) drei Fachleute, wobei eine Fachperson der ladinischen Sprachgruppe angehört,
- d) drei Personen in Vertretung der Studierenden, die von den Studentenorganisationen mit Sitz in Südtirol einvernehmlich namhaft gemacht werden,
- e) die Direktorin oder der Direktor der Landesabteilung Bildungsförderung.

(3) Der Beirat wird von der Landesregierung ernannt und bleibt für fünf Jahre im Amt.

8)Art. 5 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 11 Absatz 1 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

II. Kapitel Einzelne Maßnahmen

Art. 6 (Studienbeihilfen)

(1) Den Studierenden kann jährlich eine Studienbeihilfe gewährt werden, wenn sie neben den allgemeinen Voraussetzungen laut Artikel 2

- a) einen ausreichenden Studienerfolg erzielt haben und
- b) sich in einer wirtschaftlichen Lage laut Artikel 3 Absatz 3 befinden. [9\)](#)

(2) Die Zuweisung der Studienbeihilfen erfolgt über Wettbewerbe, die von der Landesregierung ausgeschrieben werden.

(3) In der Durchführungsverordnung werden festgesetzt: [10\)](#)

- a) die Höhe der Studienbeihilfen,
- b) die Teilnahmevoraussetzungen und die Kriterien zur Bewertung der rechtlich relevanten Umstände, [11\)](#)
- c) die Bestimmungen für die Zuweisung der Punkte für die Rangordnung.

(4) Studierenden mit hervorragenden Studienleistungen können Leistungsstipendien gewährt werden. Eine wesentliche Zielsetzung dieser Stipendien ist die Förderung einer weiterführenden Qualifizierung und Spezialisierung der Studierenden sowie des Besuches von hochqualifizierten, auch privaten Universitäten. Die Bestimmungen über die wirtschaftliche Lage finden in diesem Fall keine Anwendung. Das Ausmaß des Leistungsstipendiums beträgt 20 Prozent der ordentlichen Studienbeihilfe laut Absatz 3 Buchstabe a). Für Leistungsstipendien werden pro Studienjahr drei Prozent der für Studienbeihilfen vorgesehenen Mittel verwendet. Reichen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus, um allen Anspruchsberechtigten ein Leistungsstipendium zu gewähren, wird eine Rangordnung erstellt, für die der Studienerfolg maßgeblich ist. [12\)](#)

9)Der Buchstabe b) des Art. 6 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 4 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

10)Der Vorspann von Art. 6 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 5 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

11)Der Buchstabe b) des Art. 6 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 6 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

12)Art. 6 Absatz 4 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 7 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

Art. 7 (Außerordentliche Studienbeihilfen)

(1) Den Studierenden, die sich in einer wirtschaftlichen Lage laut Artikel 3 Absatz 3 befinden und, die aus gesundheitlichen oder aus anderen unverschuldeten schwerwiegenden Gründen den für die Gewährung einer Studienbeihilfe laut Artikel 6 erforderlichen Studienerfolg nicht erzielt haben, kann eine außerordentliche Studienbeihilfe gewährt werden. [13\)](#)

(2) Nicht verheirateten, gerichtlich getrennten oder geschiedenen Studierenden mit unterhaltsberechtigten Kindern, die wegen der Pflege, Betreuung oder Erziehung ihres Kindes den erforderlichen Studienerfolg nicht erzielt haben, kann eine außerordentliche Studienbeihilfe laut Absatz 1 gewährt werden. Diese darf nur dann gewährt werden, wenn das Kind zum Zeitpunkt der Gesuchstellung das sechste Lebensjahr nicht vollendet und die Studentin oder der Student einen Mindeststudienerfolg erzielt hat.

(2/bis) Abweichend von Artikel 2 kann Studierenden, welche sich in einer besonderen Notsituation befinden, eine außerordentliche Studienbeihilfe gewährt werden. [14\)](#)

(3) Die Höhe der Studienbeihilfen sowie die Kriterien zur Bewertung der rechtlich relevanten Umstände werden in der Durchführungsverordnung zur Gewährung der ordentlichen Studienbeihilfen laut Artikel 6 festgesetzt. [15\)](#)

13)Art. 7 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 8 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

14)Art. 7 Absatz 2/bis wurde eingefügt durch Art. 7 Absatz 1 des [L.G. vom 14. März 2008, Nr. 2](#).

15)Art. 7 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 9 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

Art. 8 (Rückerstattung von Studiengebühren)

(1) Studierenden, die an einer Universität in Südtirol eingeschrieben sind und in der Rangordnung der Gewinner oder der Geeigneten für die Gewährung einer Studienbeihilfe laut den Artikeln 6 oder 7 aufscheinen, wird die Landesabgabe für das Recht auf Universitätsstudium rückerstattet.

(2) Studierenden, die in der Rangordnung der Gewinner oder der Geeigneten für die Gewährung einer Studienbeihilfe laut den Artikeln 6 oder 7 aufscheinen, kann ein Beitrag zur gesamten oder teilweisen Deckung der eingezahlten Studiengebühren gewährt werden.

(3) Die Landesregierung erlässt Richtlinien, mit denen die Höhe des Beitrages sowie die Modalitäten der Zuweisung festgelegt werden.

(4) Die Rückerstattung der Studiengebühren kann Studierenden gewährt werden, welche an Universitäten eingeschrieben sind, die den Sitz in den von der Landesregierung festgelegten Ländern haben.

(5) Voraussetzung für die Zuweisung des Beitrages ist, dass die Studiengebühren von der zuständigen Universität oder anderen Körperschaften nicht zur Gänze rückerstattet werden oder die Studierenden nicht von der Zahlung befreit sind.

(6) Der Beitrag laut Absatz 2 wird auch dann zugewiesen, wenn die Studierenden teilweise von den Studiengebühren befreit sind oder wenn ihnen ein Teil der Studiengebühren von der zuständigen Universität oder anderen Körperschaften bereits rückerstattet wurde. In diesem Fall bildet der tatsächlich eingezahlte Betrag bzw. die noch zu Lasten der Studierenden verbleibende Restgebühr die Grundlage für die Berechnung des zuzuweisenden Betrages. [16\)](#)

16)Art. 8 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 10 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).

Art. 9 (Studienbeihilfen für Diplom- und Fachlaureatsarbeiten, Forschungsdoktorat, Dissertationen und diesen gleichgestellte Abschlussarbeiten, Forschungs- oder Habilitationsarbeiten)

(1) Studierenden, denen für eine Fachlaureatsarbeit oder für ein Forschungsdoktorat an einer italienischen Universität, für eine Diplomarbeit im Rahmen eines Magisterstudiums, für eine Dissertation oder eine diesen gleichgestellte Abschlussarbeit sowie für Forschungs- oder Habilitationsarbeiten an einer ausländischen Universität außergewöhnliche Kosten anfallen, kann eine Studienbeihilfe gewährt werden. Diese darf im Laufe eines Studiums nur ein einziges Mal gewährt werden und ist mit den übrigen Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 häufbar.

(2) Die Zuweisung der Studienbeihilfen erfolgt über Wettbewerbe, die von der Landesregierung ausgeschrieben werden.

(3) In der Durchführungsverordnung wird Folgendes festgesetzt: [17\)](#)

- a) die Höhe der Studienbeihilfen,
- b) die Teilnahmevoraussetzungen und die Kriterien zur Bewertung der rechtlich relevanten Umstände, [18\)](#)
- c) die Bestimmungen für die Zuweisung der Punkte für die Rangordnung.

17)Der Vorspann von Art. 9 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 11 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).
Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

18)Der Buchstabe b) des Art. 9 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 12 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).
Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

Art. 10 (Reisespesenvergütung)

(1) Den Studierenden laut Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) kann eine pauschale Vergütung der Fahrtkosten gewährt werden, wenn sie sich aus Studiengründen dauerhaft am Studienort oder in unmittelbarer Umgebung aufhalten. Die Vergütung entspricht den Kosten für eine Bahnfahrt zweiter Klasse und kann innerhalb eines akademischen Jahres für vier Hin- und Rückfahrten gewährt werden.

(2) Der zu vergütende Mindestbetrag wird von der Landesregierung festgelegt.

Art. 11 (Wohnmöglichkeiten)

(1) An den Studienorten in Südtirol kann die Landesverwaltung Wohnmöglichkeiten für Studierende sowie für Vertragsprofessorinnen und -professoren, Gastprofessorinnen und -professoren und Vertragsassistentinnen und -assistenten in Wohnungen, Studentenheimen oder ähnlichen Einrichtungen bereitstellen, die direkt von der Landesverwaltung oder von Dritten geführt werden. Die Landesregierung legt den Mietzins zu Lasten der Anspruchsberechtigten sowie die Richtlinien und Modalitäten für den Zugang fest.

(2) Die Landesregierung kann für Südtiroler Studierende mit Regionen oder anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen in Italien oder in Ländern des deutschen Kulturraumes Vereinbarungen zur Reservierung einer angemessenen Anzahl von Heimplätzen in geeigneten Strukturen treffen. In den Vereinbarungen werden unter anderem die Kriterien für den Zugang sowie die Kosten für die Reservierung der Heimplätze zu Lasten der Landesverwaltung festgelegt. Die Miete und die Nebenkosten gehen zu Lasten der anspruchsberechtigten Studentin oder des anspruchsberechtigten Studenten.

(3) Um eine vollständige und rationelle Auslastung der Strukturen zu gewährleisten, kann die Landesregierung auch Personen, die nach diesem Gesetz nicht anspruchsberechtigt sind, Zugang zu den Wohnmöglichkeiten gewähren.

(4) Der Platz im Wohnheim ist mit den übrigen Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 häufbar.

(5) Körperschaften und Vereinigungen ohne Gewinnabsicht, die Wohnmöglichkeiten laut Absatz 1 zur Verfügung stellen, können Beiträge bis zu einem Höchstausmaß von 90 Prozent der anerkannten Kosten gewährt werden, und zwar für

- a) den Ankauf von Gebäuden oder den Erwerb von Grundstücken,
- b) die Planung, den Bau, die Erweiterung, die Instandsetzung, den Umbau und die Fertigstellung von Gebäuden,
- c) den Ankauf der Einrichtung und Ausstattung.

(6) Körperschaften und Vereinigungen, die Beiträge laut Absatz 5 erhalten, müssen sich verpflichten, die Zweckbestimmung der Gebäude samt Zubehör, Ausstattung und Einrichtung nicht ohne Zustimmung der Landesregierung zu ändern. Die Dauer dieser Verpflichtung, die mindestens 20 und höchstens 50 Jahre betragen darf, wird von der Landesregierung unter Berücksichtigung der Höhe des gewährten Beitrags festgelegt. Die Verpflichtung zur Beibehaltung der Zweckbestimmung wird im Grundbuch angemerkt.

(7) Wird die Zweckbestimmung von Gebäuden und Zubehör geändert, muss der Beitrag zuzüglich der gesetzlichen Zinsen rückerstattet werden. Wird die Struktur weiterhin für soziale Zwecke genutzt, so wird der gewährte Beitrag im Verhältnis zur Dauer der Nutzung gemäß Zweckbestimmung laut Absatz 1 gekürzt. Der Differenzbetrag ist zuzüglich der gesetzlichen Zinsen zurückzuzahlen.

(8) In Abweichung von den Bestimmungen laut den Absätzen 6 und 7 können die zweckgebundenen Güter gegen die Entrichtung einer Entschädigung, die den bezogenen Beiträgen Rechnung trägt, dem Land zur Verfügung gestellt werden.

(9) Um den Südtiroler Studierenden unter Wahrung ihrer ethnisch-sprachlichen Besonderheiten das uneingeschränkte Recht auf Hochschulbildung zu gewährleisten, kann das Land die Beiträge laut Absatz 5 auch öffentlichen und privaten Einrichtungen in den Ländern des deutschen Kulturraums gewähren, die direkt oder über Dritte vorwiegend Südtiroler Studierenden Wohnmöglichkeiten in Studentenheimen oder ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck schließt das Land mit diesen Einrichtungen eigene Vereinbarungen unter Beachtung der Absätze 5, 6, 7 und 8 ab. [19\)](#)

(10) Um die Ziele laut Absatz 9 zu verwirklichen, kann das Land Südtirol mit Gebietskörperschaften, auch mit örtlichen Körperschaften, Vereinbarungen zur Beteiligung an Investitionskosten in Studentenheimen in deren Eigentum abschließen, sofern folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- a) in den Studentenheimen kostengünstiges Wohnen gewährleistet wird,
- b) eine beträchtliche Anzahl von Wohnplätzen Südtiroler Studierenden zur Verfügung gestellt wird,
- c) es sich um Gemeinden mit einem angespannten Wohnungsmarkt handelt,

das Verhältnis zwischen Kostenbeteiligung durch das Land und Gesamtkosten darf das Verhältnis zwischen Südtiroler Studierenden und Gesamtanzahl der im Studentenheim untergebrachten Studierenden nicht übersteigen. [20\)](#)

19) Art. 11 Absatz 9 wurde hinzugefügt durch Art. 1 Absatz 1 des [L.G. vom 12. Juli 2016, Nr. 15](#). Siehe auch Art. 1 Absatz 3 des [L.G. vom 12. Juli 2016, Nr. 15](#).

20) Art. 11 Absatz 10 wurde hinzugefügt durch Art. 5 Absatz 13 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).

Art. 12 (Mensen)

(1) Die Mensen in den Studienorten in Südtirol werden von der Landesverwaltung geführt. Die Führung kann auch Dritten übertragen werden.

(2) Die Landesregierung legt die Richtlinien und Modalitäten für die Organisation der Mensen und den Zugang zu diesen fest sowie die Kostenbeteiligung der Personen, die den Mensendienst in Anspruch nehmen.

(3) Körperschaften und Vereinigungen, die ohne Gewinnabsicht Mensen für Studierende laut Absatz 1 führen, können die Beiträge laut Artikel 11 Absatz 5 gewährt werden.

(4) Körperschaften und Vereinigungen, die in der Provinz Bozen ohne Gewinnabsicht in einer angemessenen Entfernung zu einem Standort der Universität Mensendienste anbieten, können Beiträge für die Verpflegung der Studierenden gewährt werden; die Beitragsvergabe wird in den entsprechenden Richtlinien der Landesregierung geregelt. [21\)](#)

(5) Die Landesverwaltung kann gemäß Absatz 1 den gesamten Mensendienst und alle damit verbundenen Tätigkeiten sowie die Abwicklung der Ausschreibungen zur Führung des Mensendienstes an Universitäten mit Standort in Südtirol delegieren. Die Modalitäten werden von der Landesregierung festgelegt. [22\)](#)

(6) In begründeten Fällen können für die Verpflegung der Studierenden, die an Universitäten in Südtirol eingeschrieben sind und diese besuchen, Vereinbarungen mit Gaststätten abgeschlossen sowie Essensgutscheine angekauft oder zur Verfügung gestellt werden, sofern sich die Räumlichkeiten, welche für Studien- oder Forschungszwecke genutzt werden, in einer größeren Entfernung zu einer Universitätsmensa befinden. Die Landesregierung beauftragt die Universität mit den entsprechenden Ausschreibungen und deren Abwicklung sowie mit allen Tätigkeiten, die in Zusammenhang mit diesen Leistungen stehen, und legt das für die Verpflegung der Studierenden zur Verfügung stehende Budget fest. [23\)](#)

21) Art. 12 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 12. Juli 2016, Nr. 15](#). Siehe auch Art. 1 Absatz 3 des [L.G. vom 12. Juli 2016, Nr. 15](#).
22) Art. 12 Absatz 5 wurde hinzugefügt durch Art. 11 Absatz 2 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).
23) Art. 12 Absatz 6 wurde hinzugefügt durch Art. 11 Absatz 2 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

Art. 13 (Maßnahmen zu Gunsten Studierender mit Behinderungen)

[24\)](#) [25\)](#)

(1) Um Studierenden mit Behinderungen laut Artikel 2 des [Landesgesetzes vom 14. Juli 2015, Nr. 7](#), in geltender Fassung, die Ausübung des Rechts auf Hochschulbildung zu erleichtern, können folgende Begünstigungen gewährt werden: [26\)](#)

- a) Finanzierung oder Vergütung der Kosten für einen Betreuungs- und Begleitdienst,
- b) Finanzierung oder Vergütung der Transportkosten,
- c) Vergütung der Kosten für den Ankauf von Lehrmitteln,
- d) Finanzierung anderer zur Beseitigung von Barrieren in Bildung und Ausbildung geeigneter Dienstleistungen. [27\)](#)

(2) Die Begünstigungen laut diesem Artikel sind mit den anderen Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 häufbar.

24) Die Überschrift des Art. 13 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 14 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).
25) Siehe auch das [D.L.H. vom 9. Dezember 2019, Nr. 31](#).
26) Der Vorspann des Art. 13 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 15 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).
27) Der Buchstabe d) des Art. 13 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 16 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#).

Art. 14 (Darlehen)

(1) Studierenden, die den für die Gewährung von Studienbeihilfen laut Artikel 6 erforderlichen Studienerfolg erzielt haben und die Einkommensgrenze, die jährlich festgelegt wird, nicht überschreiten, können von den mit dem Land konventionierten Bankinstituten Darlehen gewährt werden. Die Begünstigungen laut diesem Artikel sind mit den Studienbeihilfen laut Artikel 6 häufbar.

(2) Die Festlegung des Betrages der Studienbeihilfen laut Artikel 6 und der Darlehen laut diesem Artikel erfolgt mit der Zielsetzung, die Studienkosten an den verschiedenen Universitätsstandorten abzudecken.

(3) Studierende mit hervorragenden Studienleistungen oder Studierende, die ihr Studium innerhalb der gesetzlichen Studiendauer abschließen, können von der Rückzahlung der Darlehen gemäß den in den Vergaberichtlinien festgelegten Modalitäten teilweise befreit werden.

(4) Das Darlehen ist ab dem 13. Monat nach Abschluss oder endgültigem Abbruch des Studiums, jedoch nicht vor Beginn einer Erwerbstätigkeit, zinsfrei zurückzuzahlen. Die Rückzahlung ist in periodischen Raten, deren Ausmaß im Verhältnis zum geschuldeten Betrag festgelegt wird, in einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren vorzunehmen. Die jährliche Tilgungsrate kann auf keinen Fall 15 Prozent des Nettojahreseinkommens der begünstigten Person überschreiten. Nach Ablauf von fünf Jahren ab Abschluss oder Abbruch des Studiums ist die begünstigte Person, die keine Erwerbstätigkeit aufgenommen hat, in jedem Fall verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, ebenso wie die gesetzlichen Zinsen, begrenzt auf den Zeitraum nach der Beendigung oder nach dem endgültigen Abbruch des Studiums.

(5) In den Vereinbarungen, die mit den Bankinstituten laut Absatz 1 abgeschlossen werden, wird unter anderem Folgendes festgelegt:

- a) der jährliche Betrag sowie der Höchstbetrag des Darlehens,
- b) die Fälligkeiten, zu denen die Darlehensraten zu zahlen sind, und zwar unter Berücksichtigung des Beginns der Studiengänge und des erforderlichen Studienerfolgs,
- c) die Höhe der Zinsen zu Lasten des Landes,
- d) die Garantien zu Gunsten der Bankinstitute für den Fall, dass das Darlehen nicht zurückgezahlt wird,
- e) die Vertragsstrafen zu Lasten der Bankinstitute für die verspätete Auszahlung der Darlehensraten.

Art. 15 (Studienbeihilfen für den Austausch von Studierenden)

(1) In Zusammenarbeit mit der Freien Universität Bozen wird der Austausch von Studierenden italienischer und ausländischer Universitäten gefördert.

(2) Der Austausch laut Absatz 1 kann durch Studienbeihilfen finanziert werden, wenn er auf Studiengänge ausgerichtet ist, die von Studierenden, die an der Freien Universität Bozen eingeschrieben sind, besucht werden und die für das Laureatsstudium anerkannt sind. Diese Studienbeihilfen sind mit den übrigen Leistungen laut Artikel 1 Absatz 1 häufbar.

(3) Die Gaststudentinnen und -studenten, die gemäß Absatz 1 an der Freien Universität Bozen studieren, sind zu den Leistungen laut den Artikeln 11 und 12 zugelassen.

Art. 16 (Beiträge an Studentenorganisationen)

(1) Studentenorganisationen, die ihren Sitz in Südtirol haben und die Interessen der Südtiroler Studierenden vertreten, können für folgende Vorhaben Beiträge gewährt werden:

- a) Führung des Hauptsitzes der Organisation in Südtirol und der Außenstellen in den verschiedenen Studienorten,
- b) Investitionen, die für den Betrieb des Hauptsitzes und der Außenstellen erforderlich sind,
- c) kulturelle Tätigkeiten, die an den jeweiligen Studienorten in Italien oder in Ländern des deutschen Kulturraumes organisiert werden.

Art. 17 (Informationsdienst)

(1) Unbeschadet der Bestimmungen laut [Landesgesetz vom 4. Mai 1988, Nr. 15](#), in geltender Fassung, können in Bozen und an jenen Universitätsstandorten in Italien und in Ländern des deutschen Kulturraumes, die von Südtiroler Studierenden besonders stark besucht werden, Studieninformationsdienste eingerichtet werden, mit der Aufgabe,

- a) Auskünfte über den Zugang zu in- und ausländischen Universitäten und über das jeweilige Bildungsangebot sowie über die staatliche und internationale Mobilität zu erteilen,
- b) mit den zuständigen Schulämtern zusammenzuarbeiten, um eine ausführliche Information über die Modalitäten für den Zugang zum Lehrberuf an Sekundarschulen ersten und zweiten Grades zu gewährleisten,
- c) eine ausführliche Information sowie Unterstützung bei Verfahren zur Anerkennung ausländischer Studien- und Berufstitel zu gewährleisten.

(2) Der Dienst wird durch eigenes Personal oder durch den Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit öffentlichen und privaten Einrichtungen oder durch externe Fachleute gewährleistet.

(3) Die Landesverwaltung kann in Italien und in den Ländern des deutschen Kulturraumes Informationsveranstaltungen für Studierende sowie Weiterbildungsinitiativen für die Fachleute des Dienstes organisieren und die entsprechenden Kosten übernehmen, einschließlich jener für Unterkunft und Verpflegung. Sie kann außerdem die Ausgaben für den Ankauf, die Erarbeitung und die Herstellung von Lehr- und Informationsunterlagen, einschließlich der Hard- und Software, übernehmen.

Art. 18 (Weitere Maßnahmen zur Verwirklichung des Rechts auf Hochschulbildung)

(1) Mit Durchführungsverordnung können weitere Initiativen und Maßnahmen zur Verwirklichung des Rechts auf Hochschulbildung vorgesehen werden.

III. Kapitel Postuniversitäre Ausbildung

Art. 19 (Studienbeihilfen für den Besuch von postuniversitären Kursen, Spezialisierungskursen oder für Praktika)

(1) Studierenden, die innerhalb von sechs Jahren nach Abschluss eines Studiums

- a) eine postuniversitäre Ausbildung oder eine Spezialisierung mit einer Mindestdauer von drei Monaten an einer Universität absolvieren, oder
- b) ein Ausbildungs- oder Berufspraktikum mit einer Mindestdauer von drei Monaten an einer öffentlichen oder privaten Einrichtung absolvieren,

kann eine Studienbeihilfe gewährt werden. Voraussetzung ist, dass die Studierenden ein Universitätsstudium abgeschlossen haben, den erforderlichen Studienerfolg erzielt haben und sich in einer wirtschaftlichen Lage laut Artikel 3 Absatz 3 befinden. [28\)](#)

(2) Die Zuweisung der Studienbeihilfen erfolgt über Wettbewerbe, die von der Landesregierung ausgeschrieben werden.

(3) In der Durchführungsverordnung werden festgesetzt: [29\)](#)

- a) die Höhe der Studienbeihilfen,
- b) die Teilnahmevoraussetzungen und die Kriterien zur Bewertung der rechtlich relevanten Umstände, [30\)](#)
- c) die Bestimmungen für die Zuweisung der Punkte für die Rangordnung.

(4) Die Studienbeihilfen sind nicht mit anderen Fördermaßnahmen häufbar, die von öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Körperschaften gewährt werden, die öffentliche Beiträge erhalten.

28) Art. 19 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 17 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

29) Der Vorspann von Art. 19 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 18 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

30) Der Buchstabe b) des Art. 19 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 19 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 12](#). Siehe auch Art. 5 Absatz 20 des [L.G. vom 7. August 2017, Nr. 7](#).

Art. 19/bis (Finanzierung von universitären Strukturen)

(1) Die Landesregierung ist ermächtigt, gemäß den in den geltenden Rechtsvorschriften des Landes vorgesehenen Verfahren, Areale auszuweisen und, auch durch Enteignung, Immobilien für die Errichtung von Hochschulstrukturen zu erwerben. Weiters ist sie ermächtigt, die Ausgaben für die Anmietung, den Bau, die Adaptierung, die Instandhaltung und die Einrichtung von Hochschulen und von Dienstleistungsstrukturen im Hochschulbereich in Südtirol zu übernehmen sowie diesen Strukturen zur unentgeltlichen Nutzung unbewegliche und bewegliche Güter, einschließlich Sport-, Freizeit- und Wohneinrichtungen, zur Verfügung zu stellen oder finanzielle Zuwendungen zu gewähren.

(2) Die Landesregierung ist außerdem ermächtigt, den Betrieb der Freien Universität Bozen sowie von anderen Forschungs- und Hochschuleinrichtungen, welche ihren Sitz in Südtirol haben, mitzufinanzieren.

(2/bis) Die Landesregierung ist ermächtigt, im Rahmen der Finanzierungen für den Betrieb der Freien Universität Bozen sowie von anderen Forschungs- und Hochschuleinrichtungen, welche ihren Sitz in Südtirol haben, mehrjährige Leistungsvereinbarungen abzuschließen, deren Deckung mit jährlichem Finanzgesetz festgelegt wird. [31\)](#)

(3) Die Landesregierung ist ermächtigt, Initiativen, Tätigkeiten und Projekte betreffend Lehre und Forschung zu finanzieren, welche von inländischen Universitäten oder Universitäten des deutschen Kulturraumes im Interesse des Landes durchgeführt werden. [32\)](#)

- 31) Art. 19/bis Absatz 2/bis wurde eingefügt durch Art. 41 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4.
32) Art. 19/bis wurde eingefügt durch Art. 7 Absatz 2 des [L.G. vom 14. März 2008, Nr. 2](#).

IV. Kapitel Schlussbestimmungen

Art. 20 (Finanzbestimmung)

- (1) Dieses Gesetz bringt für das Finanzjahr 2004 keine Mehrausgaben mit sich.
- (2) Die Ausgaben zu Lasten der nachfolgenden Jahre werden mit jährlichem Finanzgesetz festgelegt.

Art. 21 (Aufhebung von Gesetzesbestimmungen)

- (1) Folgende Bestimmungen werden aufgehoben:
- a) [Landesgesetz vom 8. August 1991, Nr. 23](#), in geltender Fassung,
 - b) Artikel 4 des [Landesgesetzes vom 11. August 1998, Nr. 9](#).

Dieses Gesetz ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

e) Legge provinciale 30 novembre 2004, n. 9 ¹⁾

Diritto allo studio universitario

1) Pubblicata nel B.U. 14 dicembre 2004, n. 50.

Capo I

Principi generali

Art. 1 (Oggetto)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano promuove il diritto allo studio universitario mediante:

- a) borse di studio ordinarie;
- b) borse di studio straordinarie;
- c) rimborso dei contributi universitari;
- d) borse di studio per tesi di diploma, tesi di laurea specialistica, dissertazioni e tesi di livello equivalente, nonché per lavori di ricerca e abilitazione;
- e) rimborso delle spese di viaggio;
- f) alloggi;
- g) servizio mensa;
- h) provvidenze particolari a favore di studentesse e di studenti con disabilità; ²⁾
- i) prestiti;
- j) contributi ad organizzazioni studentesche;
- k) borse di studio per l'interscambio di studentesse e studenti;
- l) servizio di informazione;
- m) borse di studio per la formazione post-universitaria e per tirocini;
- n) altri interventi atti alla realizzazione del diritto allo studio universitario.

(2) Gli interventi sono destinati alle studentesse ed agli studenti iscritti a corsi di studio delle istituzioni universitarie e delle scuole superiori con sede nel territorio nazionale o in paesi dell'area culturale tedesca, denominate in seguito "università".

(3) La delimitazione di cui al comma 2 non si applica per gli interventi di cui al comma 1, lettere a), b), c), d), i), k) e m). ³⁾

²⁾La lettera h) dell'art. 1, comma 1, è stata così modificata dall'art. 5, comma 1, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

³⁾L'art. 1, comma 3, è stato così modificato dall'art. 5, comma 2, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 2 (Aventi diritto)

(1) Possono fruire delle prestazioni previste dalla presente legge:

- a) cittadine e cittadini dell'Unione Europea frequentanti università in provincia di Bolzano;
- b) cittadine e cittadini extracomunitari frequentanti università in provincia di Bolzano, purché residenti da almeno un anno in provincia di Bolzano;
- c) cittadine e cittadini di quegli stati dell'Unione Europea che ammettono cittadine e cittadini italiani alle provvidenze per il diritto allo studio, nonché cittadine e cittadini italiani, purché frequentanti università fuori provincia e residenti da almeno due anni in provincia di Bolzano.
- d) cittadine e cittadini extracomunitari in possesso del permesso di soggiorno CE per soggiornanti di lungo periodo in Italia e cittadine e cittadini che abbiano ottenuto il riconoscimento dello status di rifugiato o di protezione sussidiaria ai sensi della direttiva comunitaria 2004/83/CE, che sono equiparati alle cittadine e ai cittadini italiani. ⁴⁾

- e) cittadine e cittadini stranieri di Stati non appartenenti all'Unione europea, frequentanti università al di fuori del territorio della provincia di Bolzano, purché residenti [da cinque anni] [5\)](#) in provincia di Bolzano. [4\)](#)

(2) Per gli interventi di cui all'articolo 1, comma 1, lettere a), b), c), d), h), i), k) e m), i bandi di concorso o i criteri di assegnazione possono prevedere requisiti di ammissione più restrittivi.

(3) Non possono fruire delle prestazioni previste dalla presente legge coloro che

- a) hanno compiuto il trentacinquesimo anno di età e sono iscritti in un corso di laurea o in un corso ad esso equiparato della durata di tre anni;
- b) hanno compiuto il quarantesimo anno di età e sono iscritti in un corso di diploma, di Magister o di laurea specialistica;
- c) sono iscritti in un secondo corso di diploma, di Magister, di laurea o di laurea specialistica;
- d) hanno superato di oltre un anno la durata legale del corso di studi.

(4) A favore di coloro che, per gravi motivi personali o familiari, non sono in grado di concludere gli studi entro il limite di tempo di cui al comma 3, lettera d), nei bandi di concorso o nei criteri di assegnazione possono essere previste deroghe al prescritto limite temporale.

4)Le lettere d) ed e) sono state aggiunte dall'art. 16, comma 4, della [L.P. 28 ottobre 2011, n. 12](#).

5)La Corte Costituzionale, con sentenza n. 2 del 14 gennaio 2013, ha dichiarato illegittime le parole „da cinque anni“ dell'art. 2, comma 1, lettera e).

Art. 3 (Determinazione della situazione economica)

(1) Le prestazioni di cui all'articolo 1, comma 1, lettere a), b), c), d), e), h), i), k) e m), sono concesse a studentesse e studenti capaci e meritevoli sulla base del rilevamento della situazione economica del nucleo familiare, secondo quanto previsto dal presente articolo.

(2) Il valore della situazione economica (VSE) è calcolato sulla base del [decreto del Presidente della Provincia 11 gennaio 2011, n. 2](#), e successive modifiche, recante "Regolamento sul rilevamento unificato di reddito e patrimonio".

(3) Le condizioni di accesso alle prestazioni economiche di cui al comma 1 sono disciplinate con regolamento di esecuzione, con il quale viene determinato il valore della situazione economica (VSE) massimo ammissibile al fine di ottenere la prestazione. [6\)](#)

6)L'art. 3 è stato così sostituito dall'art. 5, comma 3, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 4 [2\)](#)

7)L'art. 4 è stato abrogato dall'art. 20, comma 1, lettera c), della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

Art. 5 (Consulta provinciale per il diritto allo studio universitario)

(1) Presso la Ripartizione provinciale Diritto allo studio è istituita la Consulta provinciale per il diritto allo studio universitario, di seguito denominata "Consulta". La Consulta presta consulenza in materia di orientamento delle politiche a sostegno del diritto allo studio nonché di coordinamento e miglioramento dei relativi interventi, inclusi la relativa dotazione finanziaria e i diversi bandi di concorso nel campo del diritto allo studio. Può formulare proposte per lo sviluppo e il miglioramento degli interventi ed essere incaricata dell'elaborazione di proposte e pareri. [8\)](#)

(2) La Consulta è composta:

- a) dall'assessora o assessore provinciale competente in materia o da una persona in sostituzione, in qualità di presidente;
- b) da due rappresentanti della Libera Università di Bolzano, appartenenti a gruppi linguistici diversi;
- c) da tre persone esperte, di cui una appartenente al gruppo linguistico ladino;
- d) da tre persone in rappresentanza delle studentesse e degli studenti, designate, in accordo fra di loro, dalle organizzazioni studentesche aventi sede nella provincia;
- e) dalla direttrice o dal direttore della Ripartizione provinciale Diritto allo studio.

(3) La Consulta è nominata dalla Giunta provinciale e resta in carica per cinque anni.

8) L'art. 5, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 11, comma 1, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

Capo II Singoli interventi

Art. 6 (Borse di studio)

(1) Alle studentesse ed agli studenti può essere concessa annualmente una borsa di studio, se, oltre ai requisiti di cui all'articolo 2,

- a) hanno conseguito negli studi un esito soddisfacente e
- b) si trovano nella situazione economica di cui all'articolo 3, comma 3. [9\)](#)

(2) L'assegnazione delle borse di studio avviene mediante concorsi banditi dalla Giunta provinciale.

(3) Nel regolamento di esecuzione sono fissati: [10\)](#)

- a) l'ammontare delle borse di studio;
- b) i requisiti di partecipazione e i criteri per la valutazione delle condizioni giuridicamente rilevanti; [11\)](#)
- c) le disposizioni per l'assegnazione dei punteggi per la graduatoria.

(4) Alle studentesse ed agli studenti con eccellenti risultati di studio possono essere concesse borse di studio per meriti particolari. Uno degli scopi principali di queste borse di studio è di favorire e promuovere il proseguimento o la specializzazione negli studi nonché la frequenza di università anche private di altissima qualità. Ad essi non si applicano le disposizioni per la determinazione della situazione economica. L'ammontare della borsa di studio per meriti particolari corrisponde al 20 per cento dell'importo della borsa di studio ordinaria di cui al comma 3, lettera a). Alle borse di studio per meriti particolari viene destinato ogni anno accademico il tre per cento dei finanziamenti previsti per le borse di studio. Se i mezzi a disposizione non sono sufficienti per assegnare una borsa di studio a tutti gli aventi diritto, viene stilata una graduatoria basata sul merito di studio. [12\)](#)

9) La lettera b) dell'art. 6, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 5, comma 4, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

10) L'alinea dell'art. 6, comma 3, è stata così modificata dall'art. 5, comma 5, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

11) La lettera b) dell'art. 6, comma 3, è stata così sostituita dall'art. 5, comma 6, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

12) L'art. 6, comma 4, è stato così modificato dall'art. 5, comma 7, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 7 (Borse di studio straordinarie)

(1) Alle studentesse ed agli studenti che si trovano nella situazione economica di cui all'articolo 3, comma 3 e che, per motivi di salute o per altre cause gravi ed eccezionali ad essi non imputabili, non hanno conseguito il

merito di studio richiesto per accedere alle borse di studio di cui all'articolo 6, può essere concessa una borsa di studio straordinaria. [13\)](#)

(2) Alle studentesse ed agli studenti non coniugati, separati legalmente o divorziati, con figli a proprio carico che, per l'assistenza, la custodia o l'educazione del figlio non hanno conseguito il merito di studio richiesto, possono essere concesse le borse di studio di cui al comma 1. Esse possono essere concesse solo se il figlio, al momento della presentazione della domanda, non ha compiuto il sesto anno di età e la studentessa o lo studente ha conseguito negli studi un merito minimo.

(2/bis) In deroga alle disposizioni di cui all'articolo 2, può essere concessa una borsa di studio straordinaria a studentesse e studenti che si trovano in uno stato di particolare bisogno. [14\)](#)

(3) L'ammontare delle borse di studio ed i criteri per la valutazione delle condizioni giuridicamente rilevanti sono fissati nel regolamento di esecuzione per la concessione delle borse di studio ordinarie di cui all'articolo 6. [15\)](#)

13)L'art. 7, comma 1, è stato così modificato dall'art. 5, comma 8, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

14)L'art. 7, comma 2/bis, è stato inserito dall'art. 7, comma 1, della [L.P. 14 marzo 2008, n. 2](#).

15)L'art. 7, comma 3, è stato così modificato dall'art. 5, comma 9, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 8 (Rimborso dei contributi universitari)

(1) Alle studentesse e agli studenti iscritti presso un'università in provincia di Bolzano e risultanti nella graduatoria dei vincitori o degli idonei per la concessione di una borsa di studio di cui agli articoli 6 o 7 viene rimborsata la tassa provinciale per il diritto allo studio universitario.

(2) Alle studentesse e agli studenti risultanti nella graduatoria dei vincitori o degli idonei per la concessione di una borsa di studio di cui agli articoli 6 o 7 può essere concesso un contributo a totale o parziale copertura dei contributi universitari versati.

(3) La Giunta provinciale emana le linee guida in base alle quali verrà determinata l'entità del contributo e le modalità di assegnazione dello stesso.

(4) Il rimborso dei contributi universitari può essere concesso a studentesse e studenti frequentanti università con sede nei Paesi determinati dalla Giunta provinciale.

(5) Per l'assegnazione del contributo è necessario che le studentesse e gli studenti non percepiscano il rimborso totale dei contributi universitari da parte delle rispettive università o di altri enti, o che non siano esonerati dal relativo versamento.

(6) Il contributo di cui al comma 2 è assegnato anche se le studentesse e gli studenti sono esonerati parzialmente dal versamento del contributo universitario o se hanno già ottenuto il rimborso parziale dalle rispettive università o da altri enti. In questo caso l'ammontare del contributo è determinato in base all'importo effettivamente versato o all'importo rimanente a carico delle studentesse e degli studenti. [16\)](#)

16)L'art. 8 è stato così sostituito dall'art. 5, comma 10, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 9 (Borse di studio per tesi di diploma, tesi di laurea specialistica, dottorato di ricerca, dissertazioni e tesi di livello equivalente, tesi di ricerca o di abilitazione)

(1) Può essere concessa una borsa di studio a studentesse e studenti che devono sostenere spese straordinarie per l'elaborazione di una tesi di laurea specialistica o per un dottorato di ricerca presso un'università italiana o per l'elaborazione di una tesi di diploma nell'ambito di un Magisterstudium, di una dissertazione o di una tesi di

livello equivalente nochè di una tesi di ricerca o di abilitazione presso un'università estera. La borsa di studio può essere concessa un'unica volta durante il corso di studi ed è cumulabile con le restanti prestazioni di cui all'articolo 1, comma 1.

(2) L'assegnazione delle borse di studio avviene mediante concorsi banditi dalla Giunta provinciale.

(3) Nel regolamento di esecuzione sono fissati: [17\)](#)

- a) l'ammontare delle borse di studio;
- b) i requisiti di partecipazione e i criteri per la valutazione delle condizioni giuridicamente rilevanti; [18\)](#)
- c) le disposizioni per l'assegnazione dei punteggi per la graduatoria.

17) L'alinea dell'art. 9, comma 3, è stata così modificata dall'art. 5, comma 11, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

18) La lettera b) dell'art. 9, comma 3, è stata così sostituita dall'art. 5, comma 12, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 10 (Rimborso delle spese di viaggio)

(1) Alle studentesse ed agli studenti di cui all'articolo 2, comma 1, lettera c), può essere concesso un rimborso forfettario delle spese di viaggio, se dimoranti stabilmente, per motivi di studio, nella località sede dell'università o nelle immediate vicinanze. Tale rimborso, pari all'importo del costo di un biglietto ferroviario di seconda classe, può essere concesso per quattro viaggi di andata e ritorno nell'arco dell'anno accademico.

(2) La Giunta provinciale fissa l'importo minimo rimborsabile.

Art. 11 (Alloggi)

(1) Nelle località della provincia di Bolzano sedi di strutture universitarie, l'amministrazione provinciale può organizzare un servizio abitativo in forma di residence, collegio universitario o istituzione simile, gestiti direttamente oppure tramite terzi, per le studentesse e gli studenti nonché per le professoresse e per i professori a contratto, per i visiting professors e per le assistenti e gli assistenti a contratto. Il canone a carico dei beneficiari nonché i criteri e le modalità di accesso sono fissati dalla Giunta provinciale.

(2) La Giunta provinciale può stipulare convenzioni con Regioni o altre istituzioni pubbliche o private nel territorio nazionale o in paesi dell'area culturale tedesca, al fine di riservare un numero adeguato di posti letto a studentesse e studenti altoatesini in apposite strutture residenziali. Nelle convenzioni vengono stabiliti i criteri per l'accesso nonché i corrispettivi per la riserva degli stessi a carico dell'amministrazione provinciale. Il canone di locazione e le spese accessorie restano a carico della studentessa beneficiaria o dello studente beneficiario.

(3) Per garantire la piena e razionale utilizzazione delle strutture, la Giunta provinciale può concedere l'accesso ai servizi di alloggio anche a soggetti diversi dai destinatari della presente legge.

(4) Il beneficio del posto letto è cumulabile con le altre prestazioni di cui all'articolo 1, comma 1.

(5) Ad enti ed associazioni senza fini di lucro che mettono a disposizione posti letto di cui al comma 1, possono essere concessi contributi fino ad un massimo del 90 per cento delle spese riconosciute ammissibili per:

- a) acquisto di edifici ovvero acquisizione di aree;
- b) progettazione, costruzione, ampliamento, sistemazione, ristrutturazione e completamento di edifici;
- c) acquisto di arredi ed attrezzature.

(6) Gli enti e le associazioni beneficiari dei contributi di cui al comma 5, devono impegnarsi a non mutare la destinazione dei rispettivi edifici e delle relative pertinenze, attrezzature ed arredi, senza il consenso della Giunta provinciale. La durata del relativo vincolo, che non può essere inferiore ad anni 20 nè superiore ad anni 50, è fissata dalla Giunta provinciale tenuto conto dell'entità del contributo concesso. Il vincolo di non mutare la destinazione è annotato nel libro fondiario.

(7) Qualora venga mutata la destinazione degli edifici e delle pertinenze, il contributo va restituito, maggiorato degli interessi legali. Qualora l'edificio continui ad essere utilizzato per finalità a carattere sociale, il contributo concesso è ridotto in ragione del periodo di utilizzo del relativo edificio conformemente alla destinazione di cui al comma 1. La differenza, maggiorata degli interessi legali, va restituita.

(8) In deroga alle disposizioni di cui ai commi 6 e 7, i beni con vincolo di destinazione possono essere messi a disposizione della Provincia dietro pagamento di un indennizzo che tenga conto dei contributi ricevuti.

(9) Per assicurare in pieno il diritto allo studio universitario alle studentesse e agli studenti della provincia di Bolzano nel rispetto delle relative caratteristiche etnico-linguistiche, la Provincia può concedere i contributi di cui al comma 5 anche ad istituzioni pubbliche o private in paesi dell'area culturale tedesca che gestiscono, direttamente oppure tramite terzi, collegi universitari o istituzioni simili e che mettono a disposizione posti letto principalmente a studentesse e studenti della provincia di Bolzano. A tal fine la Provincia stipula apposite convenzioni con le predette istituzioni nel rispetto delle disposizioni di cui ai commi 5, 6, 7 e 8. [19\)](#)

(10) Per realizzare gli obiettivi di cui al comma 9 la Provincia autonoma di Bolzano può stipulare convenzioni con enti territoriali, anche locali, per partecipare alle spese di investimento dei collegi universitari di loro proprietà, a condizione che:

- a) nei collegi universitari vengano garantiti alloggi a costi contenuti;
- b) un elevato numero di posti alloggio venga messo a disposizione delle studentesse e degli studenti della provincia di Bolzano;
- c) si tratti di comuni con un mercato delle abitazioni in crisi;

il rapporto tra la partecipazione alle spese da parte della Provincia e la spesa complessiva non superi il rapporto tra studenti e studentesse della provincia di Bolzano e numero totale di studenti e studentesse nel convitto universitario. [20\)](#)

19)L'art. 11, comma 9, è stato aggiunto dall'art. 1, comma 1, della [L.P. 12 luglio 2016, n. 15](#). Vedi anche l'art. 1, comma 3, della [L.P. 12 luglio 2016, n. 15](#).

20)L'art. 11, comma 10, è stato aggiunto dall'art. 5, comma 13, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 12 (Servizio mensa)

(1) Il servizio mensa nelle località sedi di università della provincia di Bolzano è gestito dall'amministrazione provinciale. La gestione può essere affidata anche a terzi.

(2) La Giunta provinciale fissa i criteri e le modalità per l'organizzazione e l'accesso al servizio mensa nonché per la determinazione del costo di partecipazione alle spese da parte dell'utenza.

(3) Ad enti ed associazioni che gestiscono, senza fini di lucro, servizi mensa per studentesse e studenti di cui al comma 1, possono essere concessi i contributi di cui all'articolo 11, comma 5.

(4) Ad enti ed associazioni che gestiscono, senza fini di lucro, servizi mensa in provincia di Bolzano situati a una distanza adeguata dalle sedi universitarie, possono essere concessi contributi per il vitto degli studenti universitari secondo i criteri di incentivazione fissati dalla Giunta provinciale. [21\)](#)

(5) L'amministrazione provinciale può delegare alle università con sede in Alto Adige l'intero servizio mensa ai sensi del comma 1 e tutte le attività ad esso connesse, nonché l'espletamento di gare d'appalto per la gestione del servizio. Le relative modalità sono fissate dalla Giunta provinciale. [22\)](#)

(6) In casi motivati, per il vitto degli studenti e delle studentesse che sono iscritti e frequentano un'università in Alto Adige possono essere stipulate convenzioni con esercizi alberghieri nonché essere acquistati o messi a disposizione buoni pasto, se i locali utilizzati per la didattica o la ricerca si trovano ad una distanza considerevole dalle mense universitarie. La Giunta provinciale incarica l'università della gestione e dell'esecuzione delle relative gare d'appalto nonché di tutte le attività connesse a tali prestazioni e stabilisce l'entità delle risorse da mettere a disposizione per il vitto degli studenti e delle studentesse. [23\)](#)

21)L'art. 12, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 1, comma 2, della [L.P. 12 luglio 2016, n. 15](#). Vedi anche l'art. 1, comma 3, della [L.P. 12 luglio 2016, n. 15](#).

- 22)L'art. 12, comma 5, è stato aggiunto dall'art. 11, comma 2, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).
23)L'art. 12, comma 6, è stato aggiunto dall'art. 11, comma 2, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

Art. 13 (Provvidenze a favore di studentesse e di studenti con disabilità) [24\)](#) [25\)](#)

(1) Al fine di agevolare il diritto allo studio a studentesse e studenti con disabilità di cui all'articolo 2 della [legge provinciale 14 luglio 2015, n. 7](#), e successive modifiche, possono essere concesse le seguenti agevolazioni: [26\)](#)

- a) finanziamento o rimborso delle spese per un servizio di assistenza e di accompagnamento;
- b) finanziamento o rimborso delle spese di trasporto;
- c) rimborso delle spese per l'acquisto di mezzi didattici;
- d) finanziamento di altri servizi idonei a superare le barriere all'educazione, all'istruzione e alla formazione. [27\)](#)

(2) I benefici di cui al presente articolo sono cumulabili con le altre prestazioni di cui all'articolo 1, comma 1.

24)La rubrica dell'art. 13, è stata così sostituita dall'art. 5, comma 14, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

25)Vedi anche il [D.P.P. 9 dicembre 2019, n. 31](#).

26)L'alinea dell'art. 13, comma 1, è stata così modificata dall'art. 5, comma 15, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

27)La lettera d) dell'art. 13, comma 1, è stata così modificata dall'art. 5, comma 16, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 14 (Prestiti)

(1) Alle studentesse ed agli studenti in possesso dei requisiti di merito per accedere alle borse di studio ordinarie di cui all'articolo 6 e che non superano un reddito massimo da stabilire annualmente, possono essere concessi prestiti dagli istituti di credito convenzionati con la Provincia. Il beneficio di cui al presente comma è cumulabile con le borse di studio di cui all'articolo 6.

(2) La definizione dell'importo delle borse di studio di cui all'articolo 6 e dei prestiti di cui al presente articolo persegue l'obiettivo della copertura delle spese di mantenimento sostenute dalle studentesse e dagli studenti nelle diverse sedi.

(3) Le studentesse e gli studenti con eccellenti risultati di studio o che concludono gli studi entro la durata legale possono essere esonerati parzialmente dalla restituzione dei prestiti secondo le modalità stabilite nei criteri di assegnazione.

(4) Il prestito è rimborsato, senza interessi, a partire dal 13° mese successivo alla data del completamento o della definitiva interruzione degli studi, ma, in ogni caso, non prima dell'inizio di un'attività lavorativa. Il rimborso è effettuato con rate periodiche di importo proporzionale al debito nel tempo massimo di 15 anni. La rata annuale di rimborso del prestito non può comunque superare il 15 per cento del reddito annuo netto del beneficiario. Decorsi cinque anni dal completamento o dall'interruzione definitiva degli studi, il beneficiario che non abbia iniziato alcuna attività lavorativa è tenuto in ogni caso al rimborso del prestito e, limitatamente al periodo successivo al completamento o alla definitiva interruzione degli studi, alla corresponsione degli interessi al tasso legale.

(5) Le convenzioni stipulate con istituti di credito di cui al comma 1 disciplinano, fra l'altro:

- a) l'ammontare annuale nonché l'entità massima del prestito;
- b) i termini di erogazione rateale del prestito in relazione all'inizio dei corsi ed ai livelli di profitto;
- c) l'ammontare degli interessi a carico della Provincia;
- d) le garanzie a favore degli istituti di credito nei casi di mancato recupero dei crediti;
- e) le penali a carico dell'istituto di credito per il ritardo nell'erogazione delle rate del prestito.

Art. 15 (Borse di studio per l'interscambio di studentesse e studenti)

(1) In collaborazione con la Libera Università di Bolzano vengono promossi gli interscambi di studentesse e studenti con le università italiane e straniere.

(2) Gli interscambi di cui al comma 1, se finalizzati a corsi di studio frequentati da studentesse e studenti iscritti alla Libera Università di Bolzano, ed aventi validità ai fini del diploma di laurea, possono essere sostenuti da borse di studio. Esse sono cumulabili con le altre prestazioni di cui all'articolo 1, comma 1.

(3) Le studentesse e gli studenti ospiti presso la Libera Università di Bolzano ai sensi del comma 1 sono ammessi ai servizi di cui agli articoli 11 e 12.

Art. 16 (Contributi ad organizzazioni studentesche)

(1) Alle organizzazioni studentesche con sede in provincia di Bolzano, che rappresentano gli interessi delle studentesse e degli studenti universitari, possono essere concessi contributi per le seguenti iniziative:

- a) gestione della sede principale dell'organizzazione nel territorio provinciale e delle sedi distaccate presso le diverse località di studio;
- b) investimenti per il funzionamento della sede principale e delle sedi staccate;
- c) attività culturali organizzate nel territorio nazionale o in paesi dell'area culturale tedesca presso le rispettive sedi universitarie.

Art. 17 (Servizio di informazione)

(1) Fatte salve le disposizioni di cui alla [legge provinciale 4 maggio 1988, n. 15](#), e successive modifiche, a Bolzano e presso le sedi universitarie nel territorio nazionale o nei paesi dell'area culturale tedesca maggiormente frequentate da studentesse e da studenti altoatesini, possono essere istituiti servizi di informazione per studentesse e per studenti, con il compito di:

- a) fornire informazioni riguardo alle procedure di accesso alle università in Italia e all'estero e alla relativa offerta formativa, nonché sulla mobilità nazionale ed internazionale;
- b) collaborare con gli uffici scolastici competenti al fine di garantire una corretta informazione circa le modalità di accesso all'insegnamento nelle scuole secondarie di primo e secondo grado;
- c) garantire una corretta e puntuale informazione e un supporto nelle procedure di riconoscimento dei titoli accademici e professionali stranieri.

(2) Il servizio è garantito con personale proprio o tramite la stipulazione di apposite convenzioni con enti pubblici e privati o con esperti esterni.

(3) L'amministrazione provinciale può organizzare in Italia e nei paesi dell'area culturale tedesca iniziative e manifestazioni di informazione per le studentesse e per gli studenti nonché attività di aggiornamento per gli operatori del servizio ed assumere le relative spese, comprese quelle di vitto ed alloggio. Essa può, altresì, assumere le spese per l'acquisto, l'elaborazione e la realizzazione di materiale didattico e informativo, hard- e software compresi.

Art. 18 (Altri interventi atti alla realizzazione del diritto allo studio universitario)

(1) Con regolamento di esecuzione possono essere previste ulteriori iniziative e misure atte alla realizzazione del diritto allo studio universitario.

Capo III Formazione post universitaria

Art. 19 (Borse di studio per la frequenza di corsi di formazione post universitaria, di specializzazione o per tirocini)

- (1)** Alle studentesse ed agli studenti che, entro sei anni dall'ultimazione del corso di studi,
- attendono ad una formazione post universitaria o frequentano un corso di specializzazione della durata di almeno tre mesi presso un'università, o
 - svolgono un tirocinio di formazione o professionale della durata di almeno tre mesi presso un'istituzione pubblica o privata,

può essere concessa una borsa di studio. Requisito è che le studentesse e gli studenti abbiano ultimato un corso di studi presso un'università, abbiano conseguito il merito richiesto e si trovino nella situazione economica di cui all'articolo 3, comma 3. [28\)](#)

(2) L'assegnazione delle borse di studio avviene mediante concorsi banditi dalla Giunta provinciale.

(3) Nel regolamento di esecuzione vengono fissati: [29\)](#)

- l'ammontare delle borse di studio;
- i requisiti di partecipazione e i criteri per la valutazione delle condizioni giuridicamente rilevanti; [30\)](#)
- le disposizioni per l'assegnazione dei punteggi per la graduatoria.

(4) Le borse di studio non sono cumulabili con altre provvidenze concesse da istituzioni o enti pubblici o privati che usufruiscono di sovvenzioni pubbliche.

28)L'art. 19, comma 1, è stato così modificato dall'art. 5, comma 17, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

29)L'alinea dell'art. 19, comma 3, è stata così modificata dall'art. 5, comma 18, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

30)La lettera b) dell'art. 19, comma 3, è stata così sostituita dall'art. 5, comma 19, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#). Vedi anche l'art. 5, comma 20, della [L.P. 7 agosto 2017, n. 12](#).

Art. 19/bis (Finanziamento di strutture universitarie)

(1) La Giunta provinciale è autorizzata ad individuare le aree e ad acquisire, anche tramite espropri, immobili da destinare alla costruzione di strutture universitarie, secondo le procedure previste dalla normativa provinciale vigente. È altresì autorizzata ad assumere le spese per l'affitto, la costruzione e l'adattamento, la manutenzione e l'arredamento di strutture universitarie e di strutture accessorie site in provincia di Bolzano, nonché a concedere in comodato a tali strutture beni immobili e mobili, compresi quelli di carattere sportivo, ricreativo e residenziale, o a concedere appositi finanziamenti.

(2) La Giunta provinciale è inoltre autorizzata a concorrere finanziariamente alla gestione della Libera Università di Bolzano o di altre strutture di alta formazione o di ricerca scientifica aventi sede nel territorio provinciale.

(2/bis) La Giunta provinciale è autorizzata a definire accordi programmatici pluriennali, nell'ambito dei finanziamenti per la gestione della Libera Università di Bolzano o di altre strutture di alta formazione o di ricerca scientifica aventi sede nel territorio provinciale; la relativa copertura viene stabilita con legge finanziaria annuale. [31\)](#)

(3) La Giunta provinciale è autorizzata a sostenere iniziative, attività e progetti concernenti l'attività didattica e la ricerca eseguiti, nell'interesse della Provincia, da università con sede nel territorio nazionale o in paesi dell'area culturale tedesca. [32\)](#)

31)L'art. 19/bis, comma 2/bis, è stato inserito dall'art. 41, comma 1, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

32)L'art. 19/bis è stato inserito dall'art. 7, comma 2, della [L.P. 14 marzo 2008, n. 2](#).

Capo IV Disposizioni finali

Art. 20 (Disposizione finanziaria)

- (1) La presente legge non comporta spese a carico dell'esercizio finanziario 2004.
- (2) La spesa a carico degli anni successivi sarà stabilita con legge finanziaria annuale.

Art. 21 (Abrogazione di norme)

- (1) Sono abrogate le seguenti disposizioni:
- a) la [legge provinciale 8 agosto 1991, n. 23](#), e successive modifiche;
 - b) l'articolo 4 della [legge provinciale 11 agosto 1998, n. 9](#).

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.